

Pressemitteilung

CDU-Fraktion für IGS in kirchlicher Trägerschaft

Während der Diskussion über die Wunstorfer Schullandschaft konnte die CDU/UWG der Einrichtung einer IGS nicht zustimmen, weil dadurch die Zukunft des Steinhuder Schulzentrums gefährdet wird. In dieser Einschätzung fühlen wir uns bestätigt, konnten diese politische Fehlentwicklung jedoch leider nicht aufhalten. Das hält uns aber keineswegs davon ab, nun in die Zukunft zu blicken. Dabei ist es unser Ziel, den Kindern – unabhängig von der Organisationsform - Schulen von hoher Qualität bieten zu können. Das Angebot der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover, die Trägerschaft der neuen Wunstorfer IGS zu übernehmen, passt genau in diese Zielvorstellung und wird von uns deshalb sehr positiv bewertet.

Nach einem Informationsgespräch mit Oberlandeskirchenrätin Frau Dr. Gäfgen-Track und dem Superintendent Herrn Hagen ist uns deutlich geworden, dass seitens der Landeskirche ein schlüssiges Konzept vorliegt, von dem die Wunstorfer Schüler profitieren könnten. Die Stadt Wunstorf wäre nämlich aus eigener Kraft nicht in der Lage, eine gebundene Ganztagschule mit maximal 26 Schülern pro Klasse anzubieten. Am Vormittag ist zum Beispiel die Einrichtung von naturwissenschaftlich ausgerichteten „Forscherklassen“ geplant, am Nachmittag soll es sinnvolle Zusatzaktivitäten und gezielten Förderunterricht geben. Glaubensbekenntnisse von Schülern und Lehrern spielen keine Rolle, bei Bedarf wird katholischer und muslimischer Religionsunterricht erteilt. Angesichts dieser Attraktivität muss man sich fragen, was gegen die kirchliche Trägerschaft spricht.

Einigen ist das so genannte Schulgeld ein Reizwort. Man glaubt, in wilhelminische Zeiten zurückzufallen, wo gute Bildung alleine eine Frage des Eigentums war. Insgesamt werden 45 € pro Monat für die Schülerinnen und Schüler erhoben. Dafür gibt es Lernmittelfreiheit, individuelle Förderung (Hausaufgabenhilfe und musikalische Unterweisung). Alles Dinge, die die Eltern bislang zusätzlich finanzieren mussten und dieses an herkömmlichen Schulen viel teurer ist als an dieser IGS. Hinzu kommt, dass die Kirche immer wieder erklärt, dass am finanziellen Einkommen der Schulbesuch nicht scheitern wird. Einkommensschwachen Eltern wird das Schulgeld erlassen. Diese bekommen zusätzlich sogar das Essensgeld erstattet. Dieses passiert auf einem Wege, dass weder Mitschülerinnen und Mitschülern noch die Schule weiß, wer eine derartige Befreiung hat, die zentral von der Hannoverschen Landeskirche in einem Schulwerk erfolgt, und die Schule vor Ort insoweit nicht beteiligt wird. Im Übrigen gibt es Ermäßigungen für das zweite Kind und das dritte Kind braucht kein Schulgeld zu zahlen. Diese Attraktivität mit einem tollen pädagogischen Konzept sollte man ergreifen. Die CDU-Fraktion wird sich daher tatkräftig für die Umsetzung einsetzen und ist dafür, in weitere Verhandlungen mit der Landeskirche einzutreten. Allerdings geht dieses nicht ohne die Eltern. Wir legen Wert darauf, die Eltern in den weiteren Verhandlungen eng einzubinden.

Unabhängig von der IGS sind wir auch der Meinung, dass sich ein derartiges Angebot auch positiv auf das Hölty-Gymnasium auswirken wird. Der so entstehende Wettbewerb wird die Bildungseinrichtungen in unserer Stadt insgesamt attraktiver machen.

Wunstorf, den 09.02.2010

Jörg Uebelmann
Fraktionsvorsitzender der CDU/UWG-Gruppe

Heinz-Gerhard Kück
Schulpolitischer Sprecher der CDU/UWG-Gruppe